



PROMINENZ v. l. n. r.: Jules Bloch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Endingen, Bundesrätin Doris Leuthard, SIG-Präsident Herbert Winter. ANDRÉ ALBRECHT

Grossaufmarsch im Judendorf

Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund tagte in Endingen

Grossaufmarsch der jüdischen Gemeinschaft im Aargau: Der Schweizerische Israelitische Gemeindebund tagte im «Judendorf» Endingen. Der Aufruf zur Toleranz stand im Mittelpunkt der Tagung.

URS MOSER

Das Surbtal ist gewissermassen die Wiege der jüdischen Gemeinschaft in der Schweiz. Endingen und Lengnau waren die einzigen Gemeinden, wo Juden bis zur rechtlichen Gleichstellung aller Schweizer im Jahr 1866 Niederlassungsfreiheit hatten. Es dauerte allerdings noch bis 1983 bis zur vollen Gleichberechtigung. Erst dann wurden die Ortsbürgergemeinden Endingen und Lengnau mit den jüdischen Gemeinden Neu-Endingen und Neu-Lengnau zusammengelegt. An die lange Tradition des Zusammenlebens christlicher und jüdischer Gemeinschaft und an die lange Geschichte der Integration erinnert der gestern eingeweihte «Jüdische Kulturweg Endingen-Lengnau». Anwesend war auch alt Bundesrätin Ruth Dreifuss, auch sie Bürgerin von Endingen.

Appelle zur Toleranz

Endingen bot sich also als Tagungsort für die 104. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes (SIG) an. Die jüdische Gemeinschaft strömte zu Hunderten ins Surbtal, hochkarätige Prominenz zierte die Gästeliste: Bundesrätin Doris Leuthard, Landammann Roland Brogli, Parlamentarier, Botschafter, auch Arthur Cohn, Filmproduzent in Hollywood, war dabei.

Appelle an die interkulturelle und interreligiöse Toleranz standen im Zentrum des Treffens. Ohne diese Toleranz gebe es keine friedliche Welt, sagte Landammann Roland Brogli. Sie müsse wechselseitig sein und auch täglich neu erkämpft werden. Auch Bundesrätin Doris Leuthard stellte ihre Grussbotschaft unter das Stichwort der Toleranz, wobei sie Wert auf die Feststellung legte, dass darunter kein Freiraum zu verstehen sei, in dem jeder tun und lassen könne, was ihm beliebt. «Wohin das führt, haben wir gesehen. Man duldet das Gebaren gewisser Finanzjongleure, und die Folgen haben wir jetzt schmerzhaft in einer gewaltigen Rezession durchzustehen», so die Magistratin. Toleranz



TOLERANZ WECHSELSEITIG Landammann Roland Brogli. ANDRÉ ALBRECHT

in der Politik heisse deshalb Rahmenbedingungen setzen, Grenzen, die es zu verstehen, zu akzeptieren und zu respektieren gelte.

Wahrnehmung verstärken

Heikle Themen wie das Treffen von Bundespräsident Merz mit dem den Holocaust leugnenden iranischen Präsidenten Achmadinejad an der UNO-Menschenrechtskonferenz wurden in Endin-

gen nur am Rand angeschnitten. SIG-Präsident Herbert Winter hatte den Bundesrat dafür scharf kritisiert. An der Delegiertenversammlung gab er sich nun einigermaßen versöhnlich. In Gesprächen hinter den Kulissen stelle man fest, dass die Interventionen des SIG vermehrt auf Verständnis stiessen. «Doch dies genügt uns natürlich noch nicht, wir werden unsere Anstrengungen hier noch weiter verstärken», so Winter. Auch er spann den roten Faden der Toleranz und der Symbolik des Tagungsortes weiter: Er sehe den Versammlungsort Endingen als Symbol für den Dialog, der die Schweizer über die Konfessionen hinweg verbinde. Und zugleich als Sinnbild für die Beharrlichkeit, mit der sich die Juden über die Jahre emanzipiert und integriert hätten. Dazu gehört auch, dass sich der SIG vermehrt nicht nur Fragen annimmt, welche die Juden direkt betreffen, sondern allgemein seine Wahrnehmung in den politischen und gesellschaftlichen Debatten verstärken will. Winter sprach in diesem Zusammenhang den Positionsbezug zur Minarett-Initiative an, die man als Bedrohung für den Religionsfrieden in der Schweiz betrachte.

Meiereien



JÖRG MEIER

Zurück zum Dorf

«WISSEN SIE, warum Wettingen und Wohlen nicht Städte werden wollen?», fragte Polderhorn, als er wieder unangemeldet auf der Redaktion erschien.

Der Redaktor seufzte und sagte, darüber habe man nun weiss Gott genug geschrieben. Doch Polderhorn hörte gar nicht zu. «Weil Wettingen und Wohlen tatsächlich Dörfer sind. Und eben keine Städte. Sie werden es auch nicht, wenn sie sich als Stadt bezeichnen. Dorf bleibt Dorf. Oder, um mich für einmal selber zu zitieren: Man kann eine Hundehütte schon Kathedrale nennen, aber sie bleibt trotzdem eine Hundehütte.»

Polderhorn lachte über seinen Vergleich, den er offensichtlich sehr lustig und treffend fand.

DER REDAKTOR wusste nicht, worauf Polderhorn diesmal hinauswollte, aber er fürchtete, die Störung könnte länger dauern. «Was wollen Sie von mir?», fragte er.

«Ich wollte Ihnen vorschlagen, etwas über die selbstbewusste Ehrlichkeit der Wohler und Wettinger zu schreiben; dieses Nichtstadtwerdenwollen ist doch unter psychologischem Aspekt eine positive Sache, etwa im Sinne: Ich will sein, was ich bin, oder eben mehr Sein als Schein.»

«Ich verstehe nicht, was sie meinen», sagte der Redaktor. «Das wundert mich nicht», erwiderte Polderhorn, «aber denken Sie darüber nach.»

POLDERHORN WANDTE sich zum Gehen, der Redaktor atmete bereits auf – doch zu früh. Polderhorn war noch nicht fertig. «Übrigens», sagte er, «man könnte sogar noch weitergehen. Wir haben ja im Aargau auch einige Städte, die eher Dörfer sind. Da fragt es sich schon, ob sie da nicht den mutigen Schritt zurück zum Dorf wagen sollten. Ihr als Zeitung könntet doch die Nichtmehrstadteinwillen-Bewegung lancieren, bevor es eine Partei als Legislatur-Ziel entdeckt.»

«Bitte gehen Sie jetzt», flehte der Redaktor.

joerg.meier@azag.ch

Störrischer Bursche fand milden Richter

25-jähriger Zivildienst-Verweigerer war mit einem Bein für 8 Monate hinter Gittern

Mit 21 liess er sich zum Zivildienst statt zum Militär einteilen. Zwei Jahre später bezeichnete er sich urplötzlich als Verweigerer. Das brachte ihn in Baden vor Gericht.

ROSMARIE MEHLIN

Pascal (Name geändert) wird bald 25. Eine Postur hat er wie ein Schwinger. Krafttraining ist denn auch sein grosses Hobby und Fitnesstrainer oder etwas in der Art schwebt ihm als Berufsziel vor. Das dazugehörige Studium hat er in Angriff genommen.

Nicht in Angriff genommen hatte Pascal hingegen seine Pflicht gegenüber dem Vaterland. Als es um die Aushebung zum Militär ging, hatte er zwar klar für den Zivildienst entschieden – was sein gutes Recht war –, doch als es

dann um die Wurst ging, hatte Pascal gekniffen: Nachdem er mehrere Aufgebote einfach schnöde in den Papierkorb geschmissen hatte, war ihm das Ganze offenbar zu bunt geworden. Klipp und klar hatte er das zuständige Amt mittels Brief aufgeklärt: «Ich werde keinen Zivildienst leisten.»

Geläutert zur Landschaftsarbeit

Weil das klar eine Widerhandlung gegen das Bundesgesetz über den zivilen Ersatzdienst ist, war Pascal eine Anklage ins Haus geflattert. Vor kurzem musste er vor Einzelrichter Bruno Meyer vortreten. Dort gab Pascal sich total geläutert. Damals, sagte er, habe er Militär und Zivildienst als Zwangsarbeit betrachtet, «doch jetzt sieht es ziemlich anders aus».

Weil der Papa ihn vor die

Tür gesetzt habe und die 2000 Stutz, die er monatlich von ihm zugute habe, mehr schlecht als recht überweise, «hatte ich einen Hass auf meinen Vater und auf jede Art von Zwang». Heute, so Pascal auf die entsprechende Frage vom Richter, sei sein Verhältnis zum Vater «rein finanzieller Natur». Drei Jahre lang hatte Pascal im Service gejobbt, dann machte die Beiz zu. Heute lebt er von einem Stipendium, von Vaters unregelmässigen Zahlungen und auf Pump. Wo Pascal denn, wollte Richter Meyer wissen, politisch stehe. Nach längerem Überlegen meinte der Angeklagte, dass er wohl «eher links» stehe, es aber eigentlich nicht wisse, weil Politik ihm «ziemlich egal» sei.

Was den Zivildienst betrifft, so hat er sich bei Pro Natura angemeldet und kann

dort im Januar 2010 einen Monat Landschaftsarbeit leisten. «Das will ich wenn irgendmöglich jeweils in den Semesterferien dann weiter tun.» Die 389 Tage, die ein Zivi leisten muss, müssen, spätestens wenn dieser 34-jährig ist, unter Dach und Fach sein.

Bedingte Geldstrafe statt Knast

Wäre es nach dem Staatsanwalt gegangen, hätte Pascal auf dem Weg dorthin ein ganzes Stück an Zeit verloren, forderte der Ankläger doch 8 Monate Freiheitsstrafe unbedingt und den Ausschluss aus dem Zivildienst, was erkleckliche Kosten zur Folge hat.

Pascals Verteidiger bat den Einzelrichter einerseits von diesem Ausschluss abzusehen und andererseits seinen Mandanten mit einer bedingten Geldstrafe von maximal 90 Ta-

gessätzen zu belegen. Schliesslich und endlich habe Pascal seine Verweigerungshaltung inzwischen abgelegt.

Richter Bruno Meyer, erklärter Gegner bedingter Geldstrafen, sprang mit seinem Urteil über den eigenen Schatten: 90 Tagessätze à 30 Franken Geldstrafe, so das Verdikt. Der Antrag des Staatsanwaltes auf eine unbedingte Freiheitsstrafe sei zwar mitnichten völlig jenseitig, entspreche vielmehr durchaus der üblichen Rechtsprechung.

Weil Pascal aber offensichtlich einen Reife- und Entwicklungsprozess durchgemacht und seine Meinung wirklich geändert habe, sei hier nun eine bedingte Geldstrafe angemessen «und mit 3 Jahren habe ich die übliche Probezeit um ein Jahr verlängert».

Erfolgreicher Vitamin-L-Tag

36 neue Ausbildungsplätze geschaffen

Mit dem vierten Vitamin-L-Tag konnten laut einer Mitteilung des kantonalen Kommunikationsdienstes 36 zusätzliche Lehrstellen und Praktikumsplätze gefunden werden. Um zusätzliche und neue Lehrstellen und Praktikumsplätze zu schaffen, haben das Departement Volkswirtschaft und Inneres (DVI) und das Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) am 14. Mai zusammen mit Radio Argovia bereits zum vierten Mal den Vitamin-L-Tag durchgeführt. Radio Argovia berichtete den ganzen Tag zu Themen der Berufsbildung und suchte mit Erfolg nach zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Es konnten 36 zusätzliche Lehrstellen und Praktikumsplätze geschaffen werden.

KMU und Grossunternehmen meldeten unterschiedlichste Ausbildungsplätze: von der klassischen Lehrstelle im KV bis zum Praktikumsplatz im Holzbau. Firmen, die zusätzliche Lehrstellen meldeten, konnten eine Werbekampagne bei Radio Argovia gewinnen. Die IBW Technik AG in Wohlen gewann den Wettbewerb und den Preis im Wert von 12 000 Franken. (MZ)